

PRESSEAUSENDUNG

Ausländische Direktinvestitionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Möglichkeiten für Akquisitionen und Auslagerungen

Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas verzeichneten im Jahr 2004 einen Rekordzufluß von 34,8 Mrd. Euro an ausländischen Direktinvestitionen (*Foreign Direct Investment, FDI*). Alle drei Subregionen (die neuen EU-Mitgliedsländer, Südosteuropa und die europäischen GUS-Staaten) hatten ihren Anteil an diesem Zuwachs. Die führenden FDI-Zielländer, gemessen am FDI-Zustrom pro Kopf, blieben weiterhin Estland, die Tschechische Republik und Ungarn (siehe Überblickstabelle). Dies sind auch die Länder mit dem höchsten FDI-Bestand: In den letzten 15 Jahren erhielten sie doppelt soviel FDI pro Kopf wie der Rest der Region.

In **Südosteuropa** stiegen die ausländischen Direktinvestition im Jahr 2004 um 18 Prozent und erreichten 8,8 Mrd. Euro. Die Hauptzielländer waren die **EU-Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien**. Rumänien allein zog mehr FDI an als die fünf Länder des Westlichen Balkans: Das verbesserte Geschäftsklima und große Privatisierungsprojekte haben den **Aufholprozeß** des Landes beschleunigt. In der Automobil- und Konsumgüterindustrie etabliert sich Rumänien als kostengünstigere Alternative zu den neuen EU-Mitgliedsländern. In die **Länder des Westlichen Balkans** hingegen ist der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen relativ gering. Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien verbuchten steigende, jedoch noch immer recht magere Zuflüsse, während Kroatien und Serbien einen signifikanten Rückgang hinnehmen mußten. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern spiegeln den Verlauf der Privatisierung wider. Exportorientierte Direktinvestitionen sind selten. Der Westbalkan ist im Vergleich zu Rumänien und Bulgarien aufgrund höherer Löhne und des weniger attraktiven Investitionsklimas benachteiligt. In den **GUS-Staaten** fördert das anhaltende Wirtschaftswachstum Rußlands den Zuwachs an Direktinvestitionen. In den letzten beiden Jahren kam mehr FDI nach Rußland als russische Direktinvestitionen ins Ausland gingen.

Die Zunahme von FDI in den neuen EU-Mitgliedsländern im Gegensatz zum fallenden Trend in der „alten“ EU könnte eine **Verlagerung der Investorenpräferenzen** anzeigen. Aber nur weniger als die Hälfte des FDI findet in den Exportbranchen statt. Etwa 60 Prozent der ausländischen Direktinvestition in den Ostländern gehen weiterhin in Branchen, die auf den dortigen Binnenmarkt ausgerichtet sind: Energieversorgung, Bankwesen und Immobilien.

Einen Hinweis auf **Produktionsverlagerungen** könnte der relativ hohe bzw. steigende Anteil der verarbeitenden Industrie an FDI in Tschechien, Ungarn und Rumänien geben. Zahlungsbilanzdaten sind nicht geeignet, die Verlagerung von Produktionsanlagen von West nach Ost nachzuweisen. Aber es gibt Anzeichen, daß Kapazitätsausweitungen – vor allem in der Automobilindustrie und in der Produktion von Haushaltsgeräten – meist in den neuen Mitgliedsländern stattfinden. Auch die

Verlagerung von exportorientierten Dienstleistungen wie Buchhaltung, Softwareproduktion und Call Centers findet in der Statistik wenig Nachweis, ist aber aus Firmenberichten bekannt.

Die **Kostenvorteile** der neuen EU-Mitglieder gegenüber den „alten“ EU-Ländern sind signifikant und werden dies auch auf längere Sicht bleiben, was weitere Investitionen anziehen wird. Der EU-Beitritt hat zu einer Reduktion der Transaktionskosten geführt, und die Entwicklung in Richtung Währungsunion trägt zur Stabilisierung des Wirtschaftsklimas bei. Obwohl steuerliche Anreize nicht wirklich notwendig sind, um Investoren anzulocken, werden sie trotzdem von manchen Regierungen eingesetzt, vor allem um im Wettbewerb mit den anderen neuen EU-Mitgliedern zu bestehen.

Die von Investoren erzielten **hohe Profitraten** in manchen neuen EU-Mitgliedsländern stimulieren ebenfalls weitere Investitionen. Rund die Hälfte der Rendite aus den Investitionen wird in das Heimatland repatriert: dies ist der Preis, den die Empfängerländer für das importierte Kapital zahlen müssen. In den kapitalexportierenden Ländern wiederum können die repatrierten Einkünfte zur Schaffung von zusätzlicher Nachfrage und neuen Arbeitsplätzen beitragen.

Die Produktionsverlagerung in die neuen Mitgliedsländer und der Transfer von Erträgen von dort ist ein langsamer Prozeß. Für das Jahr 2005 wird in der Region insgesamt **keine Zunahme an FDI-Zuflüssen** erwartet (siehe Tabelle). Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums wird mit einer verringerten Investitionsaktivität einhergehen. Davon ausgenommen sind nur jene Länder, die große Privatisierungsprojekte initiieren, wie die Tschechische Republik, die Slowakei oder Albanien.

Eine detailliertere Analyse findet sich in der soeben veröffentlichten **wiiw Database on Foreign Direct Investment in Central, East and Southeast Europe**. Diese neue Datenbank enthält zudem rund 2500 Zeitreihen und ist als Druckfassung, in PDF oder als CD-ROM erhältlich. Die Hauptquelle der Daten sind die Nationalbanken der jeweiligen Länder der Region. Daten über FDI-Ströme kommen aus der Zahlungsbilanz, jene über FDI-Bestände kommen aus den Statistiken über die internationale Vermögensposition. Daten über österreichische Direktinvestitionen stammen von Angaben der jeweiligen Empfängerländer.

wiiw Database on Foreign Direct Investment in Central, East and Southeast Europe: Opportunities for Acquisition and Outsourcing

von Gábor Hunya (Konzept und Analyse) und Monika Schwarzhappel (Datenbank und Layout)

wiiw, Wien, Mai 2005

89 Seiten inkl. 70 Tabellen

Verfügbar in Druckversion (EUR 70,-), PDF (EUR 65,-) oder auf CD-ROM (EUR 145,-; inkludiert Druckversion). Bestellungen sind möglich über die wiiw-Website www.wiiw.ac.at, per E-Mail an koehrl@wiiw.ac.at oder per Fax an +431 533 66 10-50.

wiiw, 2. Juni 2005

Dr. Gábor Hunya (Konzept und Analyse):

Tel. (+43 1) 533 66 10-22, E-Mail: hunya@wiiw.ac.at

Mag. Monika Schwarzhappel (Datenbank und Layout):

Tel. (+43 1) 533 66 10-16, E-Mail: schwarzhappel@wiiw.ac.at

FDI-Zufluß, Millionen Euro

	2000	2001	2002	2003	Prognose		Pro-Kopf-	Pro-Kopf-
					2004	2005	Zufluß Euro	Bestand Euro
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2004	2004
Tschechische Republik	5404	6296	9012	1863	3596	3900	352	4052
Ungarn	2998	4391	3185	1909	3365	3200	333	4381
Polen	10334	6372	4371	3660	4892	4500	128	1310
Slowakei	2089	1768	4397	636	904	1800	168	2043
Slowenien	149	412	1750	299	422	300	211	2757
Neue Mitgliedsländer-5	20974	19240	22716	8366	13178	<i>13700</i>	200	2310
Estland	425	603	307	797	742	800	550	5187
Lettland	447	147	269	267	522	600	226	1430
Litauen	412	499	772	160	623	600	181	1369
Neue Mitgliedsländer-8	22258	20488	24063	9590	15065	<i>15700</i>	206	2291
Albanien	155	232	151	158	275	400	86	416
Bosnien und Herzegowina	159	133	282	338	400	400	104	397
Bulgarien	1103	903	980	1851	2114	1800	272	773
Kroatien	1142	1503	1195	1788	921	1000	208	2150
Mazedonien	189	493	83	84	122	100	60	581
Rumänien	1147	1294	1212	1946	4098	3500	189	608
Serbien	55	186	502	1197	775	800	103	475
Montenegro	.	11	89	39	50	.	80	302
Südosteuropa	3950	4754	4494	7400	8756	<i>8000</i>	171	715
Belarus	129	107	262	152	136	100	14	155
Moldowa	137	114	140	63	122	100	34	184
Rußland	2933	3069	3660	7042	9388	9000	65	558
Ukraine	644	884	734	1260	1380	1500	29	159
Europäische GUS	3843	4174	4796	8517	11026	<i>10700</i>	54	439
Gesamte Region	30051	29416	33353	25506	34846	34400	106	894